



Hauptausschuss

22. Sitzung (öffentlich)

18. Januar 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:06 Uhr bis 11:56 Uhr

Vorsitz: Klaus Vossemer (CDU)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|--|-----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| Der Ausschuss verständigt sich darauf, TOP 2 heute nicht zu behandeln und auf die nächste Sitzung zu verschieben. | |
| 1 Gespräch mit der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundesministerin a. D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger | 6 |
| Vorlage 18/1231 | |
| 2 Gesetz über die Offenlegung staatlicher Zahlungen an Journalisten (Zahlungsoffenlegungsgesetz NRW) | 29 |
| Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/5830 | |
| – abschließende Beratung und Abstimmung | |
| – wird nicht behandelt | |

- 3 NS-Sondergerichte waren juristisches Unrecht in der NS-Zeit! – Auch und gerade heute ist ein Gedenken an politisch motivierte Unrechtsurteile wichtig! 30**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/7206
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der Anhörung im federführenden Rechtsausschuss zu beteiligen.
- 4 Keine Entmachtung der Landeszentrale für politische Bildung! 31**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/7198
- Vorlage 18/2113
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Präsenzanhörung.
- 5 Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten 32**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/7196
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Präsenzanhörung.
- 6 Spieler- und Jugendschutz stärken, Spielsucht bekämpfen: Die Landesregierung muss sich für eine Novellierung des Glücksspielstaatsvertrags (GlüStV) einsetzen! 33**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/7210

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

7	Verschiedenes	34
	a) Hinweis auf zwischenzeitlich eingegangene Vorlagen	34
	b) Einrichtung der Stabsstelle Prävention gegen Antisemitismus, politischen und religiösen Extremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit	34

* * *

6 Spieler- und Jugendschutz stärken, Spielsucht bekämpfen: Die Landesregierung muss sich für eine Novellierung des Glücksspielstaatsvertrags (GlüStV) einsetzen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/7210

(Überweisung des Antrags an den Hauptausschuss am 15.12.2023)

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

